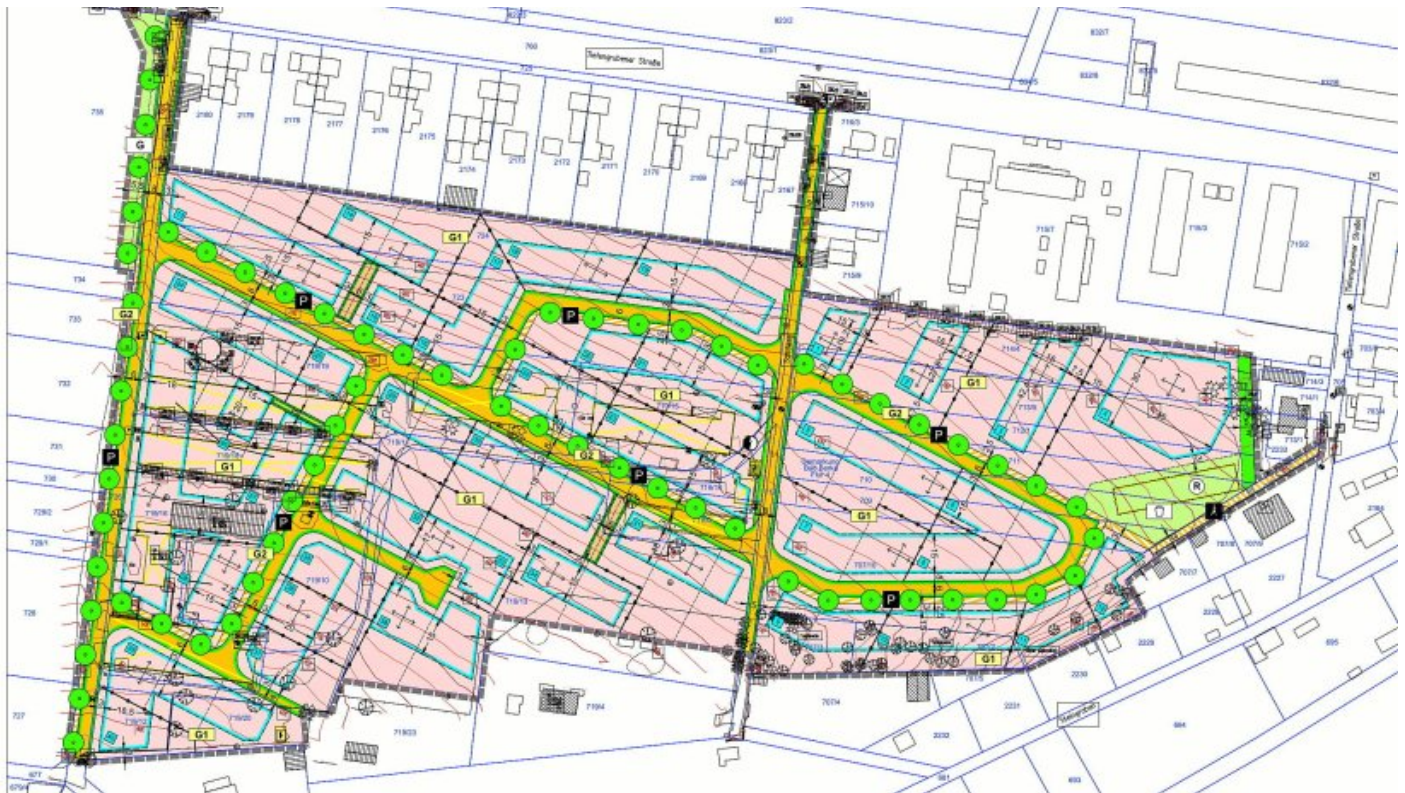


Bad Berka hält am Planungsverfahren fest

Michael Grübner

23.11.2022, 18:28



Der Planungsentwurf für das Wohngebiet Am Sandwege auf dem Gelände der ehemaligen Hühnerfarm in Bad Berka. 70 Einfamilienhäuser und vier Mehrfamilienhäuser sollen hier entstehen.

Foto: Planungsbüro Helk

BAD BERKA. Der Stadtrat votierte mit großer Mehrheit gegen einen vorläufigen Stopp des Projektes für das künftige Wohngebiet „Am Sandwege“.

Das Bebauungsplan-Verfahren für das künftige Wohngebiet „Am Sandwege“ am westlichen Ortsausgang von Bad Berka geht weiter: Mit großer Mehrheit lehnte der Stadtrat am Montagabend einen Antrag der Abgeordneten Kerstin Pölzing (Münchener Initiative) ab, das Projekt „zunächst nicht weiter zu betreiben“. Nach langer Debatte fanden sich 2 Ratsmitglieder, die mit Pölzing stimmten, aber 13 dagegen bei 2 Enthaltungen.

Kerstin Pölzing hatte nicht zum ersten Mal versucht, diesen Antrag einzubringen, und in einer Ergänzung des ursprünglichen Textes auch mit der eingebrochenen Nachfrage nach Baugrundstücken, unter anderem angesichts der „exponentiell steigenden Baukosten“ oder steigenden Kreditzinsen, argumentiert. In der Diskussion unterstrich sie zudem, dass nach aktuellen Erkenntnissen „das Einfamilienhaus nicht das Zukunftsmodell des Bauens aus klimatechnischer Sicht“ sei. Die Abstimmungsniederlage traf sie nicht unerwartet: „Die Aufgeschlossenheit in Bad Berka gegenüber gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen war noch nie besonders groß“, sagte sie. „Dass das Einfamilienhaus keine gute Lösung ist, kommt hier vermutlich erst in 50 Jahren an.“ Überrascht habe sie allerdings der teils scharfe Ton in der Debatte. Volker Schaedel (Freie Wähler) etwa hatte den Antrag als „fadenscheinig“, „kontraproduktiv“ und „ein Stück weit albern“ bezeichnet. Er war es auch, der namentliche Abstimmung beantragte.

Es gab aber auch sachliche Argumente gegen den Antrag, etwa die rund 2,3 Millionen Euro, welche die Stadt bereits in Planungen, ein Umlegungsverfahren für strittige Flächen und den Abriss einiger Hallen investiert hat. Oder die Erwägung, dass Baurecht auf dieser letzten für solche Zwecke überhaupt noch verfügbaren Fläche der Kurstadt eine wichtige Zukunfts-Option wäre. Bürgermeister Michael Jahn (CDU) argumentierte vor allem mit der Verlässlichkeit, welche auch die Kommunalpolitik vermitteln solle.

- [Lesen Sie hier mehr Beiträge aus: Weimar.](#)